



## Suchergebnisse: Initiative

### 1120 – Hugo von Payns gründet in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden

Jerusalem \* Hugo von Payns gründet - mit acht weiteren französischen Rittern - in Jerusalem den ersten Geistlichen Ritterorden. Der hauptsächliche Zweck des Ordens besteht im Aufbau einer einheitlichen Organisation, die eine wirksame Polizeigewalt ausüben kann. Die Ritter haben die Sicherheit der Straßen und Wege zu gewährleisten, die heiligen Stätten sowie das Kirchengut zu schützen und bei Übergriffen auf den kirchlichen Besitz als Rächer aufzutreten. Ganz oben in der Aufgabenliste steht aber der militärische Schutz der christlichen Pilger, die von der Küste nach Bethlehem oder Jerusalem und von dort weiter nach Jericho und zur Taufstätte Jesu am Jordan wollen. Herumziehende Räuberbanden machen diesen Schutz notwendig.

Die Initiative zur Gründung des militärisch-mönchischen Ordens geht von den Rittern selbst aus.

Doch als sich Ritter Hugo von Payns mit seinen Gefährten zusammenschließt, haben sie weder eine feste Bleibe noch eine Kirche. König Balduin II. von Jerusalem gibt ihnen Räume dicht bei der Stätte des alttestamentarisch-herodianischen Tempels neben dem Palast des Königs. Dadurch ist der ehemalige Tempel Salomons das Hauptquartier des Ordens und soll der Rittergemeinschaft den Namen geben. Zunächst nennen sie sich „Pauperes Commilitones Christi templique Salomonis“, also „Arme Ritter Christi vom Tempel Salomonis“ oder kürzer „Fratres militiae templi“. Das heißt übersetzt: „Ritter vom Tempel“. Die Mitglieder der mönchischen Rittergemeinschaften müssen bei ihrer Aufnahme dazu die Gelübde der Armut, der Keuschheit und des Gehorsams ablegen. Zwar wird von den wohlhabenderen Pilgern für den Schutz der Tempeler in Form von Schenkungen bezahlt. Dennoch sind die Anfänge der neu gegründeten Rittergemeinschaft noch von Armut gezeichnet.

### 25. März 1409 – Das Konzil von Pisa beginnt

Pisa \* Das Konzil von Pisa beginnt. Noch nie zuvor hat ein Kardinalskollegium - ohne Rücksprache mit Papst oder Kaiser - ein allgemeines Konzil der Gesamtkirche einberufen. Die Initiative der Kardinäle stößt auf breite Zustimmung: Über 600 Kleriker nehmen am Konzil von Pisa teil. Die parallel einberufenen Konzilien der beiden Päpste Gregor XII. in Cividale und Benedikt XIII. in Perpignan haben nicht annähernd so viele Teilnehmer. Die überwiegende Zustimmung des Klerus zum Konzil in Pisa isoliert die beiden Päpste auf Dauer. Das Konzil von Pisa zitiert die Päpste Gregor XII. und Benedikt XIII. nach Pisa und macht ihnen nach deren Weigerung einen



förmlichen Ketzerprozess&nbsp;als hartnäckige Schismatiker.&nbsp;Damit ist die entscheidende Grundlage für das weitere Vorgehen geschaffen.

## **24. Juni 1524 – Der Theatiner-Orden wird gegründet**

Rom • Papst Clemens VII. bestätigt die Gründung des Theatiner-Ordens. Er war als Regularkleriker-Orden zur religiösen Erneuerung des Klerus gegründet worden. Die Klostersgemeinschaft wird auf Initiative von Gian Pietro Caraffa, dem späteren Papst Paul IV., und von Kajetan von Thiene ins Leben gerufen.

## **1711 – Die Alte Isarkaserne entsteht zwischen Großer und Kleiner Isar**

München-Isarvorstadt \* Auf dem südlichen Teil der Isarinsel, die spätere sogenannte Kohleninsel, wird die Isarkaserne oder Isarwörthkaserne errichtet. Die Initiative zum Bau dieser Soldatenunterkunft geht jedoch nicht vom regierenden Kurfürsten Max Emanuel aus, da sich dieser zu jener Zeit im Exil in Frankreich im Exil befindet. Bayern ist von österreichischen Truppen besetzt, und München firmiert bis 1715 als kaiserliche Hauptstadt in Bayern. Hintergrund dieser politischen Lage ist der Spanische Erbfolgekrieg, in dem Max Emanuel ein Bündnis mit Frankreich einging und sich gegen den habsburgischen Kaiser stellte. Die Isarkaserne wird von der kaiserlichen Administration als Unterkunft für die Kavallerie errichtet. Während der Besatzungszeit sind durchschnittlich rund 3.000 Soldaten in München einquartiert. Um die Belastung der Bürgerschaft durch die Einquartierung zu verringern - der Adel, der fürstliche Hof und der Klerus sind davon befreit - bemüht sich die Verwaltung verstärkt um die Unterbringung der Truppen in Kasernen.

## **1785 – Erneut aufkommende Ländertauschpläne werden beendet**

München - Wien - Berlin \* Erneute Ländertauschpläne zwischen Österreich und Kurfürst Carl Theodor werden auf Initiative Preußens und dem Fürstenbund durch die Garantie der Eigenstaatlichkeit und Unversehrtheit Baierns beendet.

## **1788 – Piaggino will ein Arbeitshaus für beschäftigungslose Menschen errichten**

München - Au \* Auf Initiative des Hofkammerrats Joseph Maria Friedrich Piaggino soll in



München ein Arbeitshaus für beschäftigungslose arme Menschen errichtet werden. Doch staatliche und städtische Stellen wollen kein Geld für dieses Projekt bereitstellen. Stattdessen wird Piaggiono aufgefordert, selbst einen Vorschuss in Höhe von 8.000 Gulden zu leisten. Als Gegenleistung soll er die uneingeschränkte Verfügungsgewalt über alle Gewinne der Anstalt haben - und natürlich auch für alle Verluste haften.

### **September 1789 – Der Chinesische Turm im Englischen Garten entsteht**

München-Englischer Garten - Lehel \* Nach Entwürfen des aus Mannheim stammenden Militärarchitekten Joseph Frey entsteht im Englischen Garten der Chinesische Turm. Die Initiative für den exotischen Turm geht von Sir Benjamin Thompson aus.

### **28. Februar 1809 – Eine einheitliche Maß für Bayern**

München \* Durch die territorialen Erweiterungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts wächst Bayern zu einem Königreich aus Regionen mit unterschiedlichen Traditionen und Wirtschaftssystemen zusammen. Besonders unübersichtlich ist das Maßwesen: Schätzungen zufolge bestehen bis zu 93 verschiedene Flüssigkeitsmaße. Zwar heißen sie fast überall „Maß“, doch ihr Inhalt unterscheidet sich erheblich. Im oberfränkischen Lauenstein fasst eine Maß knapp einen halben Liter, im ehemals salzburgischen Laufen dagegen rund 1,6 Liter. Diese Unterschiede erschweren Handel, Besteuerung und Preiskontrolle. Am 28. Februar 1809 erlässt König Max I. Joseph auf maßgebliche Initiative seines Reformministers Maximilian Joseph Freiherr von Montgelas eine Verordnung zur Vereinheitlichung der bayerischen Maße und Gewichte. Als verbindliche Norm für Flüssigkeiten dient künftig die Münchner Maß mit einem Inhalt von rund 1,069 Litern. Zur Durchsetzung der neuen Regelung lässt die Regierung kupferne Messzylinder mit dem bayerischen Staatswappen und der Aufschrift „BAIER. MAAS. 1809“ an Landgerichte, Rentämter, Städte und Märkte versenden. Diese sogenannten Muttermaße sind amtliche Vergleichs- und Eichgefäße. Als Trinkgefäße dürfen sie ausdrücklich nicht verwendet werden. Mithilfe der Muttermaße stellen die örtlichen Behörden weitere geprüfte Gefäße her und verbreiten sie in ihren Amtsbezirken. Eine allgemeine Eichpflicht für die Trinkkrüge besteht zunächst jedoch nicht. Viele Gäste bringen ihre eigenen Gefäße mit in das Wirtshaus. Neben Holzkannen und Zinngefäßen kommen zunehmend große Krüge aus Steinzeug auf. Um 1820 entwickelt sich daraus die charakteristische Form des bayerischen Masskrugs. Die neue Maß setzt sich allmählich im gesamten Königreich durch. Sie vereinheitlicht nicht nur den Ausschank, sondern wird auch zu einem sichtbaren Zeichen für das Zusammenwachsen von Altbayern, Franken und Schwaben. Obwohl die alte Maßeinheit 1872 durch den Liter ersetzt wird, bleibt ihr



Name erhalten: Bis heute bezeichnet die „Mass“ einen Liter Bier und gilt als Symbol bayerischer Lebensart.

---

### **19. Januar 1832 – Der Verein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit**

Bubenhausen \* Auf Initiative von Johann Georg August Wirth gründet sich in Bubenhausen der „Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit“. Mit ihm will er die Arbeit der liberalen Journalisten unterstützen. Durch eine freie, unzensurierte Presse sollte die öffentliche Meinungsbildung bis hin zur grundlegenden Staatsveränderungen geschaffen werden. Der Verein sollte den Journalisten und ihren Familien ein festes Einkommen sichern und Vertriebswege schützen.

---

### **20. Oktober 1833 – Der Steinmetzmeister Anton Ripfel beginnt die Ottosäule**

Haidhausen - Ottobrunn \* Der in Haidhausen niedergelassene Steinmetzmeister Anton Ripfel beginnt mit den Arbeiten an dem 8,75 Meter hohen Ehrendenkmal in Form einer griechisch-dorischen Säule am Ortsrand von Ottobrunn, dem damaligen Hehenkirchner Forst. Die sogenannte Ottosäule trägt die Inschrift: „3 ¼ Stunden von München entfernt, wo Ludwig I., König von Bayern, von seinem edlen Sohn, Otto I. von Griechenland, am 6. Dezember 1832 Abschied nahm.“ Die Aufstellung der Ottosäule geschieht in Abstimmung mit dem Regenten. Da der huldigende Aspekt des Denkmals schon von Anfang an feststeht, wünscht König Ludwig I. solche Initiativen nicht nur, sondern erwartet sie geradezu.

---

### **4. Juni 1848 – Die Landtagsabgeordneten erhalten das Recht der Initiative**

München-Kreuzviertel \* Ein weiteres wichtiges Vorschriftenwerk ist das Gesetz über die ständische Initiative. Es gibt den Abgeordneten beider Kammern des Landtags das Recht der Initiative, also das Recht, Gesetzesentwürfe einzubringen. Immerhin wird damit aus der Stände-Versammlung eine wirkliche Volksvertretung. Und aus dem Ständehaus wird das Landtagsgebäude.

---

### **Dezember 1850 – Ein Architekturwettbewerb für einen bayerischen Nationalstil**

München-Haidhausen \* Ein Architekturwettbewerb zur Ausarbeitung eines Bauplans für eine

---



höhere Bildungs- und Unterrichtsanstalt wird in Tageszeitungen und Fachzeitschriften ausgeschrieben. Teil der Aufgabe ist auch ein Raumprogramm für eine „geräumige, zur Aufnahme von mindestens 80 größeren und kleineren Gemälden bestimmte Halle“. Darüber hinaus wird der Ausschreibungstext mit der Bitte um Teilnahme an rund einhundert Architekten in Deutschland, Frankreich, England, der Schweiz und Dänemark versandt, deren Mitwirkung besonders erwünscht ist. Man will einen „bis dahin noch nicht dagewesenen Baustil“ im Sinne eines bayerischen Nationalstils schaffen. Die Initiative zu diesem Wettbewerb geht auf den Direktor der Akademie der Bildenden Künste, Wilhelm von Kaulbach, zurück.

## **1862 – Ein Zoologischer Garten am Englischen Garten**

München-Maxvorstadt \* Der zur Münchner Oberschicht zählende Großhandelsaufmann Benedikt Benedikt erwirbt ein Gelände am Westrand des Englischen Gartens, wo er einen Zoologischen Garten anlegen möchte. Zuvor war seine Initiative zur Gründung einer Aktiengesellschaft für diesen Zweck gescheitert, da die Mehrheit der von ihm Eingeladenen nicht an die Rentabilität eines solchen Unternehmens glauben wollten.

## **23. Juli 1863 – Der erste - öffentliche - Zoo Münchens wird eröffnet**

München-Schwabing \* Der erste - öffentliche - Zoo in München wird eröffnet. Er ist auf Initiative des Münchner Großhändlers Benedikt Benedikt in einem von ihm erstandenen Gelände am Englischen Garten entstanden. Die Münchner Presse feiert den neuen Zoologischen Garten: „Während andere Weltstädte, wie London, Paris, Brüssel, Amsterdam, Wien, Berlin, Frankfurt und Dresden längst ihre Tiergärten hatten, war der Münchner darauf angewiesen, zu warten, bis irgend ein Menageriebesitzer seine hölzerne Baracke vor dem Karlstor aufgeschlagen hat, und wo man im Gedränge meist bei großer Hitze und höchst unangenehmen Gerüchen nur vorübergehend die seltenen ausländischen Tiere beschauen konnte. Dieses ist nun anders geworden; auch München hat nun einen Tiergarten ganz eigener Art erhalten, es hat einen neuen Vergnügungsort gewonnen, der allgemeine Anerkennung verdient, denn er verbindet Belehrung und Unterhaltung, wie keiner in der ganzen Stadt, und wird mit Recht ein Lieblingsplatz der intelligenten Bevölkerung werden.“

## **1867 – Mit der Errichtung der Frühlingsanlagen wird begonnen**

München-Au - München-Untergiesing \* Mit der Errichtung der Frühlingsanlagen ober- und



unterhalb der Reichenbachbrücke wird begonnen. Das Gelände verbindet die rechtsseitigen Isarauen mit der Stadt, wobei es sich zunächst lediglich um einen Spazierweg mit Begleitbepflanzung in den ehemaligen Wiesen handelt. Erst nach der Fertigstellung der Wittelsbacher Brücke - im Jahr 1876 - werden auch die Wege durch die Birkenleitenau - in Verlängerung der Frühlingsanlagen - bis nach Harlaching angelegt. Die Stadtgärtner wollen damit die rechtsseitigen Isaranlagen - unter Einbeziehung der „Gasteig- und Maximiliansanlagen“ - in eine zusammenhängende Promenade von Harlaching bis nach Bogenhausen verwandeln. Eine Idee, die bereits auf eine Initiative König Max II. zurückgeht, der ganz München mit einem Ring von Anlagen umgeben wollte.

---

### **16. September 1882 – Die erste deutsche Elektrizitätsausstellung im Münchner Glaspalast**

München-Maxvorstadt \* Aufgrund einer Initiative Oskar von Millers, dem späteren Gründer des Deutschen Museums, findet im Münchner Glaspalast die erste deutsche Elektrizitätsausstellung statt. Neben der Bogenlampe, der Glühlampe und der Anwendung des Dynamos können die Münchner das Telephon als weitere technische Errungenschaft bewundern. Dieses neuartige Kommunikationsmittel findet in München großen Anklang und zählt bald zu den wichtigsten Einrichtungen jeder werdenden Großstadt.

---

### **1883 – Die Allotria schafft neue Perspektiven**

München-Kreuzviertel \* Die Künstlergesellschaft Allotria findet auf der Suche nach einem geeigneten Treffpunkt einen Ort an der ehemaligen Stadtmauer. Dort steht das historische Hofbrunnenhaus „Beim Leinfelder“, ein Relikt der früheren Hofleinwandkammer. Der Architekt und Kunsthandwerker Lorenz Gedon entwirft ein Vereinshaus, das ganz auf die Bedürfnisse der Künstler zugeschnitten ist – mit Ateliers, Gesellschaftsräumen und Raum für das gesellige Vereinsleben. Durch die Initiative des langjährigen Allotria-Präsidenten und Malerfürsten Franz von Lenbach gewinnt auch das Projekt eines Münchner Künstlerhauses entscheidend an Dynamik. Die Stadt München und das Königshaus überlassen der Künstlerhauskommission ihre Grundstücke am Maximiliansplatz zu einem symbolischen Kaufpreis. Darüber hinaus stellt die Stadt einen Zuschuss zu den Baukosten bereit und schafft damit die finanzielle Grundlage für die weitere Planung.

---

### **August 1884 – Initiative zur Gründung eines zoologischen Gartens in München**



München \* Der „Bayerische Geflügelzüchterverein“ startet die Initiative zur Gründung eines zoologischen Gartens in München.

## **Januar 1885 – Die Au drängt auf eine eigene Isarbrücke**

München-Au \* Um die wirtschaftliche Entwicklung der Vorstadt Au zu fördern, wird der Antrag gestellt, eine Brücke über die Isar in Verlängerung der Corneliusstraße bis zum Mariahilfplatz zu errichten. Bereits beim Bau der Corneliusstraße ist ein solcher Brückenanschluss vorgesehen gewesen. Die Stadtverwaltung scheut jedoch die hohen Kosten, da neben dem Brückenbau auch umfangreiche Veränderungen am Flussbett und am Wehr erforderlich sind. Es wird eine Verbreiterung der Ludwigsbrücke vorgeschlagen und der neue Isarübergang südlich der Museumsinsel auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Bewohner der Au sind mit dieser Entscheidung unzufrieden, da sich die Verkehrsverhältnisse auf den Brücken und Zufahrtsstraßen weiter verschlechtern. Verschiedene Initiativen forderten deshalb seit Jahren zusätzliche Isarübergänge im Münchner Burgfrieden.

## **6. November 1892 – Der Bayerische Kanalverein wird gegründet**

Nürnberg \* In Nürnberg wird aufgrund der Initiative des Prinzen Ludwig [III.] der Verein zur Hebung der Fluss- und Kanalschifffahrt in Bayern - kurz Bayerischer Kanalverein - gegründet.

## **10. August 1899 – Initiative für ein Ludwig II.-Denkmal**

München-Au - München-Isarvorstadt \* Die Generalversammlung des „Vereins zur Erbauung eines Monuments für Weiland Seine Majestät König Ludwig II. von Bayern e.V.“ beschließt die Errichtung eines Denkmals für König Ludwig II. auf der damals noch geplanten Corneliusbrücke. Der Verein sammelt dafür rund 185.000 Mark und beauftragt den Bildhauer Ferdinand von Miller mit Entwurf und Guss des 3,40 Meter hohen Denkmals. Das Monument wird später auf der Corneliusbrücke verwirklicht.

## **12. Mai 1902 – Provisorische Eröffnung des Brockenhauses auf der Kohleninsel**

München-Isarvorstadt \* Provisorische Eröffnung des Brockenhauses auf der Kohleninsel. Die Initiative ist sofort erfolgreich und erwirtschaftet bereits im ersten Jahr ihres Bestehens einen



Überschuss.

### **28. Juli 1914 – Der Eine ist zu alt, der Andere zu jung**

Wien \* Der bei Kriegsbeginn kurz vor seinem 84. Geburtstag stehende österreichisch-ungarische Kaiser Franz Joseph I. ist zu schnellen und grundsätzlichen Entscheidungen kaum noch in der Lage, auch wenn er versucht, täglich seine Akten pflichtbewusst und akribisch zu bearbeiten. Sein Thronfolger, Erzherzog Karl, ist gerade 27 Jahre alt und politisch wie militärisch noch ohne Erfahrung. Weil aber die Oberbefehlsgewalt von einem adeligen Mitglied des Erzhauses übernommen werden muss, fällt die Wahl auf der 58-jährigen Erzherzog Friedrich. Er besitzt allerdings nur wenige Eigenschaften, die ihn zum Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Armee befähigen. Erzherzog Friedrich wird als eher ängstlich beschrieben, der nur wenig persönliche Initiative entwickelt und sich hauptsächlich mit seiner Frau beratschlagt, welche Uniform er tragen soll.

### **30. Dezember 1916 – Deutsche Friedensinitiative zurückgewiesen**

Berlin \* Die Entente weist die deutsche Friedensinitiative zurück.

### **6. Juli 1917 – Matthias Erzberger fordert einen annexionslosen Frieden**

Berlin \* Der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger fordert in er Aufsehen erregenden Rede vor dem Hauptausschuss des Reichstags einen annexionslosen Frieden, da keine Aussicht auf einen Sieg mehr besteht. Er will eine Friedensinitiative des Parlaments und fordert zugleich den Rücktritt des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg.

### **18. September 1917 – Die SPD bringt den Antrag Auer-Süßheim ein**

München-Kreuzviertel \* Ein von der SPD in der Bayerischen Abgeordnetenversammlung eingebrachter Reformantrag, genannt „Antrag Auer-Süßheim“, fordert: Ersetzung des Zweikammersystems durch das Einkammersystem. Aufhebung der Kammer der Reichsräte. Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landtag für alle volljährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Ausbau der Gesetzesinitiative des Landtags. Beseitigung des königlichen



Sanktionsrechts. Ernennung der Minister und Bundesratsmitglieder nach Vorschlag des Landtags. Selbstbestimmungsrecht des Landtags in Bezug auf Zusammentritt und Vertagung. Einjähriger Staatshaushalt. Beseitigung aller Vorrechte der Geburt und des Standes, Aufhebung der bisherigen Privilegien der Standesherren, Abschaffung des Adels. Verbot der Bildung neuer und der Vergrößerung bisheriger Fideikomnisse. Auflösung der bestehenden Fideikomnisse. Aufhebung der bisherigen Privilegien des Königs und der Mitglieder der königlichen Familie, insbesondere der Steuer- und Portofreiheit, der Unverantwortlichkeit und des besonderen Gerichtsstandes. Trennung der Kirche vom Staat, Aufhebung der Privilegien der anerkannten Religionsgemeinschaften. Vollkommene Durchführung der Gewissens-, Religions- und Kultusfreiheit.

---

## **26. Juni 1918 – Das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit**

Berlin \* Der Interfraktionelle Ausschuss trifft sich im Reichstag und beschließt, auf eine politische Initiative zur Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Richard von Kühlmann, zu verzichten. Der Interfraktionelle Ausschuss ist ein inoffizielles Gremium, das die Arbeit der Reichstagsfraktionen der Sozialdemokratischen Partei - SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei - FVP und der Zentrums-Partei koordiniert. Die drei Parteien bilden seit der Reichstagswahl von 1912 die Mehrheit im Reichstag. Die Situation zeigt aber auch das machtpolitische Versagen der Reichstagsmehrheit.

---

## **15. September 1918 – Prinz Max von Baden für eine autonome Staatspolitik**

Karlsruhe - Lille \* Prinz Max von Baden informiert Kronprinz Rupprecht, dass er für eine autonome Staatspolitik eintritt, deren Initiative mehr denn je dem freien Entschluss des Fürsten zufällt. Denn: „Wir stehen unmittelbar vor dem parlamentarischen Staatsstreich“.

---

## **16. Oktober 1918 – Der Reichsgesundheitsrat tritt erneut zusammen**

Berlin \* Auf Initiative des selbst erkrankten Reichskanzlers Max von Baden tritt der Reichsgesundheitsrat erneut zusammen. Den mehrstündigen Beratungen folgen aber keine konkreten Vorschläge. Die zweite, jetzt häufig von Lungenentzündungen begleitete Variante der Spanischen Grippe ist seit Oktober aufgetreten und liefert in ihren Auswirkungen Anlass zur Besorgnis.

---



### **31. Oktober 1918 – Keiner will dem Kaiser die Abdankungs-Nachricht überbringen**

Berlin \* Statt endlich den Pflichten seines Amtes als Reichskanzler nachzukommen und den Kaiser über den Ernst der Lage genau und umfassend zu informieren, versucht Prinz Max von Baden diese Aufgabe zu delegieren. Er selbst will es dem Kaiser keinesfalls sagen, da er sich als badischer Thronfolger und deutscher Fürst nicht dazu berufen fühlt. Viel lieber möchte der Reichskanzler dazu Großherzog Ernst Ludwig von Hessen gemeinsam mit Hugo Graf von Lerchenfeld, der mit einem Mandat des bayerischen Königs Ludwig III. ausgestattet werden soll, in das OHL-Hauptquartier nach Spa zu Kaiser Wilhelm II. schicken. Doch sowohl der Großherzog als auch der bayerische Gesandte am Kaiserhof erteilen dem Reichskanzler eine Abfuhr. Bei Großherzog Ernst Ludwig sind es nicht überlieferte persönliche Gründe. Graf Lerchenfeld wird dagegen vom Ministerpräsident Otto von Dandl zurückgepfiffen, weil „Rücksichten auf monarchische Empfindungen“ gegen diese Aktion sprechen und es im Falle einer Ablehnung des königlichen Rates zu „bedenklichen Folgen“ für die künftigen Beziehungen der beiden Länder kommen könnte. Im Übrigen ist aus bayerischer Sicht allein der Reichskanzler zu dieser Aufgabe berufen und sogar verpflichtet, „die Initiative zu ergreifen“. Reichskanzler Max von Baden nimmt daraufhin den preußischen Innenminister Bill Drews in die Pflicht als Beamter und schickt ihn als Vorbote nach Spa. Auch Prinz August Wilhelm von Preußen und Prinz Friedrich Karl von Hessen-Kassel lassen den Reichskanzler im Regen stehen, sodass das ganze Unternehmen kläglich scheitern wird.

### **7. November 1918 – Eine erste Initiative zur Bildung von Räten**

München \* Um 15 Uhr wird eine erste Initiative zur Bildung von Räten beobachtet. Eine kleine Gruppe von Soldaten findet sich „unter der Parole: Schaffung von Soldatenräte“ zusammen. Nach einem Bericht der Münchener Post fordert ein USPD-Redner die „sofortige Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats“ bereits als die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter zur Demonstration aufbrechen.

### **8. November 1918 – Die Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals**

München \* Auf Initiative des Verkehrsbeamtenvereins bildet sich am Vormittag ein Ausschuss der Vereinigten Verbände des bayerischen Verkehrspersonals. Neben den Mitgliedern der Interessengemeinschaft treten der Bayerische Lokführerverein und der Christliche Verkehrs- und Transportarbeiterverband ein. Denn um sich die entsprechende Geltung gegenüber den neuen Regierungsgewalten zu verschaffen, so die Überzeugung, ist ein geschlossenes Vorgehen



Voraussetzung.

### **10. November 1918 – Im Großherzogtum Baden entsteht eine Volksregierung**

Karlsruhe \* Auf Initiative des Karlsruher Oberbürgermeisters Karl Siegrist gründet sich ein sogenannter Wohlfahrtsausschuss, der mit den Soldatenräten eine provisorische Volksregierung im Großherzogtum Baden bildet.

### **18. November 1918 – Ebert wird über die geplante Gegenrevolution informiert**

Berlin \* Ministerialdirektor Walter Simons informiert Reichskanzler Friedrich Ebert über die Planungen der Obersten Heeresleitung - OHL zur Gegenrevolution. Sie will fünfzehn gut disziplinierte Divisionen in Berlin einmarschieren lassen, die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen, Friedrich Ebert zum vorläufigen Reichspräsidenten mit diktatorischer Gewalt proklamieren, den Reichstag sofort einberufen und eine provisorische Reichsverfassung schaffen. Ebert reagiert zurückhaltend, was von der OHL gedeutet wird, dass er bei einem Erfolg der Aktion mitmachen, aber nicht die Initiative ergreifen würde.

### **25. November 1918 – Kurt Eisner will Karl Liebknecht von seiner Friedensinitiative überzeugen**

Berlin \* Unmittelbar vor der Ministerpräsidenten-Konferenz trifft sich Kurt Eisner mit dem Führer des Spartakusbundes, Karl Liebknecht, in Berlin, um ihn zur Unterstützung seiner Friedensinitiative gegenüber den Alliierten zu überzeugen. Liebknecht lehnt das Ansinnen ab, da er weder im Inland noch im Ausland mit Kapitalisten verhandeln will. Für die Spartakisten kommt die Einführung des Sozialismus erst dann in Frage, wenn alle Strukturen des ehemaligen Obrigkeitsstaates restlos zerstört sind.

### **7. Dezember 1918 – Die USPD solidarisiert sich mit Spatakus**

Berlin \* Die undurchsichtigen Vorgänge und das Blutbad vom 6. Dezember steigert das Misstrauen der USPD gegenüber den Mehrheitssozialdemokraten. Die Freiheit, das Berliner Parteiorgan der USPD, solidarisiert sich mit dem Streikaufruf von Spartakus mit folgenden Zeilen:

„Wir verstehen die Empörung und teilen die Gefühle unserer Genossen. Wir begrüßen ihre Initiative. Der Streik soll ein Protest sein gegen das ruchlose Vorgehen in der Chausseestraße,



gegen gegenrevolutionäre Umtriebe und eine Sympathiebezeugung für die armen Opfer!“

## **27. Dezember 1918 – Neuanfang auf föderaler Grundlage**

Stuttgart \* In Stuttgart beginnt eine gemeinsame Sitzung der süddeutschen Staaten. An dem Stuttgarter Ländertreffen nehmen teil: Kurt Eisner, der Ministerpräsident von Bayern, Anton Geiß, der Ministerpräsident von Baden, Wilhelm Blos, der Ministerpräsident von Württemberg und Carl Ulrich, der Ministerpräsident von Hessen. Die Initiative zu diesem Treffen ging vom badischen Ministerpräsidenten Anton Geiß aus, der als Ziel der Konferenz die Abstimmung über das weitere Vorgehen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung sieht. Kurt Eisner lässt die aktuellen Verfassungsfragen und den künftigen Friedensschluss in die Tagesordnung aufnehmen, um auch hier eine gemeinsame Strategie und gemeinsame süddeutsche Interessen zu entwickeln. Der bayerische Ministerpräsident legt dazu ein Papier zur Beschlussfassung vor: „Die [...] Vertreter der revolutionären Regierungen von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen erklären es für ihre Überzeugung, dass die künftige Gestaltung der Einheit des Deutschen Reichs durch Vertrag der Einzelstaaten zustande kommen muss. Um diese Neubildung zu erleichtern und zu fördern, beschließen die Vertreter der genannten süddeutschen Staaten, zunächst sich zur Wahrung ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu verbinden.“ Eisner schwebt ein Süddeutscher Bund unter Aufnahme von Deutsch-Österreich vor, der das Übergewicht Norddeutschlands aufheben würde, möglicherweise sogar die Führung bei der Neubildung des Deutschen Reiches beanspruchen könnte. Aus seiner Sicht ist das Deutsche Reich durch die Revolution untergegangen und muss daher völlig neu gegründet werden. Dazu muss ein neuer Staatsvertrag geschlossen werden. Bayerns Ministerpräsident will den preußischen Zentralismus vom Süden her - gegen Preußen und Berlin - reformieren. Er will einen Separatfrieden schließen zwischen dem Süddeutschen Bund - unter Einschluss Deutsch-Österreichs - und den Entente-Mächten, dem dann alle deutschen Einzelstaaten beitreten könnten. Der Vorschlag Eisner, insbesondere die Infragestellung des Reichs, wird allgemein abgelehnt. Zu unterschiedlich sind die Interessen und Standpunkte. Das bayerische Positionspapier kommt nicht einmal zur Abstimmung. Kurt Eisner, der den kompromisslosen Neuanfang wollte, ist damit gescheitert. Nicht einmal seine Begleiter, Innenminister Erhard Auer und Ministerialrat Josef von Graßmann, haben ihn unterstützt.

## **11. Januar 1919 – Eine Neunerkommission zur Sozialisierung wird gebildet**

Essen \* Der Essener Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Streikinitiative im Ruhrgebiet und verkündet, er nimmt die Sozialisierung in die eigenen Hände. Dazu wird eine Neunerkommission,



bestehend aus Vertretern der USPD, SPD und KPD, gebildet. Noch am selben Tag wird das Büro des Kohlensyndikats und das Gebäude des Bergbaulichen Vereins in Essen besetzt.

## **28. Februar 1919 – Ein umfangreicher Kompromissantrag wird beraten**

München-Kreuzviertel \* Am Nachmittag beraten die Delegierten der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte im Münchner Landtagsgebäude an der Prannerstraße einen Kompromissantrag. Darin wird festgelegt, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte den Provisorischen Nationalrat darstellt. In den nächsten Tagen sollen 250 Delegierte gewählt werden, die diesem Provisorischen Nationalrat künftig angehören. Im Anschluss daran soll ein Aktionsausschuss gewählt werden, der sich aus je sieben Mitgliedern der Vollzugsausschüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, je drei Vertretern von SPD, USPD, Revolutionärem Arbeiterrat und Bayerischem Bauernbund - BBB zusammensetzt. Die Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom Provisorischen Nationalrat abgesetzt werden. Der Aktionsausschuss wählt aus seiner Mitte einen Zentralrat, dessen Mitglieder dem Aktionsausschuss verantwortlich sind. Außerdem soll in absehbarer Zeit das Staatsgrundgesetz vom 4. Januar 1919 zur Volksabstimmung vorgelegt werden. Das Staatsgrundgesetz soll zuvor aber noch in einigen Punkten abgeändert werden, in dem die Räte das Recht zur Gesetzesinitiative und ein Vetorecht gegen Parlamentsbeschlüsse festgeschrieben erhalten. Bei Streitigkeiten hat das Volk das letzte Wort und entscheidet per Volksentscheid. Hans Unterleitner wirbt mit großem Engagement für den Kompromiss: „Die zweite Revolution ist eine Tatsache. Nun handelt es sich darum, sich klar zu sein, was die zweite Revolution will. [...] Wir haben die politische Macht erobert und lassen sie uns nicht mehr nehmen“. In seinen Ausführungen stellt er fest, dass die Beratungen mit den Bauernvertretern gezeigt haben, dass die Bauern einer Räterepublik jegliche Unterstützung verweigern. Ohne die Bauern kann jedoch so ein Experiment unmöglich funktionieren: „Wir dürfen die Augen vor der Tatsache nicht verschließen, in Deutschland und in Bayern liegen eben die Verhältnisse anders wie in Russland“.

## **13. Mai 1923 – Der Muttertag wird erstmals in Deutschland gefeiert**

Deutsches Reich \* Auf Initiative des Verbands Deutscher Blumengeschäftsinhaber wird am 13. Mai 1923 erstmals der „Muttertag“ in Deutschland gefeiert. Die Nationalsozialisten nutzten den Muttertag für ihre Propaganda und machten ihn zum Feiertag, was ihn bis heute teils umstritten macht.



## **28. September 1933 – Die Münchner Brockensammlung wird aufgelöst**

München-Isarvorstadt \* Der Verein Münchner Brockensammlung e. V. löst sich als Träger und Organisator des Brockenhauses auf. Dieser Schritt ist aber keine Folge innerer Schwäche, sondern die direkte Konsequenz der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik. Die Brockensammlung wird Opfer einer gezielten Ausschaltung unabhängiger sozialer Initiativen im Zuge der antisemitisch und ideologisch motivierten Repression, die keinerlei abweichendes gesellschaftliches Engagement mehr duldet.

## **Januar 1939 – Die Kammerspiele im Schauspielhaus werden städtisch**

München-Graggenau \* Das Schauspielhaus geht in den Besitz der Stadt München über. Die Entscheidung erfolgt auf Initiative des NS-Regimes und wird von Adolf Hitler persönlich unterstützt. Damit werden die Münchner Kammerspiele zu einem städtischen Theater. Gleichzeitig gerät das von Richard Riemerschmid gestaltete Jugendstilgebäude zunehmend unter Druck. Die nationalsozialistischen Machthaber lehnen den Jugendstil als Ausdruck einer unerwünschten Kunstrichtung ab und planen umfassende bauliche Veränderungen. Erste Eingriffe beginnen bereits, Teile der ursprünglichen Gestaltung werden überdeckt oder entfernt. Die Pläne für einen grundlegenden Umbau des Schauspielhauses werden jedoch nicht verwirklicht. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs verschieben sich die Prioritäten des Regimes, sodass die vorgesehenen Umgestaltungen ausbleiben. Dadurch bleibt das Gebäude in seinen wesentlichen historischen Strukturen erhalten und entgeht einer weitreichenden Zerstörung seines Jugendstilcharakters.

## **23. April 1941 – Der Kruzifix-Erlass**

München-Haidhausen \* Adolf Wagner, Gauleiter sowie Innen- und Kultusminister, will mit dem „Kruzifix-Erlass“ alle Schulkreuze aus den Klassenzimmern entfernen. Das ist ein taktischer Missgriff erster Güte. Doch damit löst sich das Problem mit der Kündigung der bestehenden Mietverhältnisse im Maximilianeum anders. Nach massiven Alkoholexzessen erkrankt der NS-Gauleiter Ende 1941 schwer und muss bald darauf seine sämtlichen Ämter ruhen lassen. Sein Nachfolger Paul Giesler entfaltet als Kultusminister kaum noch Initiativen.

## **5. März 1946 – Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus**



Amerikanische Besatzungszone \* Auf Initiative des amerikanischen Militärgouverneurs Lucius D. Clay wird das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ vom Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebiets verabschiedet. Das Gesetz regelt die Spruchkammerverfahren [= Entnazifizierungsverfahren] in Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden. Im Laufe des Jahres 1946 wird das sogenannte „Befreiungsgesetz“ auch auf die anderen Besatzungszonen übertragen.

---

## **1948 – Die Trümmergrundstücke der Amper-Werke werden geräumt**

München-Maxvorstadt \* Die Trümmergrundstücke, die sich im Eigentum der Amper-Werke an der Brienner Straße befinden, werden auf eigene Initiative geräumt.

---

## **2. Juli 1959 – Provisorisches Ludwig-II.-Denkmal am Friedensengel**

München-Haidhausen \* Zwischen dem 2. und 9. Juli 1959 wird auf Initiative des Vereins für die Wiedererrichtung eines Denkmals für König Ludwig II. von Bayern das von Fritz Behn geschaffene Gipsmodell des Königs probeweise in der mittleren Nische der Terrassenanlage unterhalb des Friedensengel aufgestellt. Das ursprüngliche Bronzedenkmal auf der Corneliusbrücke war im Zweiten Weltkrieg für Zwecke der Rüstungsindustrie eingeschmolzen worden. Die geplante Wiedererrichtung sieht eine Ausführung in feuervergoldeter Bronze vor. Die Planungen werden jedoch scheitern.

---

## **8. Mai 1965 – Grundsteinlegung der Versöhnungskirche**

Dachau \* Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Dachau wird der Grundstein für die evangelische Versöhnungskirche gelegt. Die Feier findet einen Tag vor der offiziellen Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Dachau statt. Die Kirche entsteht auf Initiative ehemaliger Häftlinge als Ort des Gedenkens, der Versöhnung und der christlichen Verantwortung.

---

## **30. April 1967 – Einweihung der Versöhnungskirche im KZ Dachau**

Dachau \* Die evangelische Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau wird feierlich eingeweiht. Die Predigt hält der ehemalige KZ-Häftling Martin Niemöller. Die Kirche war auf Initiative ehemaliger Dachau-Häftlinge als Ort des Gedenkens, der Versöhnung und der



christlichen Verantwortung entstanden.

---

## **2. Juli 1969 – Das Hippie-Festival in Woodstock wird verhindert**

Saugerties \* Eine Bürgerinitiative der Kleinstadt Saugerties im US-Bundesstaat New York verhinderte die Ausrichtung des Woodstock-Festivals im 15 Kilometer entfernten Woodstock mit einem lokalen Gesetzlerlass. Die Kleinstädter befürchten den zu erwartenden Ansturm der Hippies. Deshalb wird das geplante Festival ins 70 Kilometer südwestlich von Woodstock gelegene White Lake verlegt.

---

## **15. August 1969 – Woodstock - Das große Flower-Power-Open-Air-Musikfestival**

Woodstock - White Lake \* Vom 15. bis zum 18. August findet auf einem Weideland in White Lake bei Bethel im US-Bundesstaat New York das große Flower-Power-Open-Air-Musikfestival statt. Rund 400.000 Musikbegeisterte sind anwesend und verfolgen die Darbietungen der 32 Bands und Einzelkünstler. In dem Namensgebenden Woodstock sollte das Festival ursprünglich abgehalten werden, doch eine Bürgerinitiative der Kleinstadt Saugerties verhinderte die Ausrichtung des Festivals. Deshalb wird der Veranstaltungsort ins 70 Kilometer südwestlich von Woodstock gelegene White Lake verlegt.

---

## **1970 – Eine Bürgerinitiative bekämpft weitere Baumaßnahmen im Leopoldpark**

München-Schwabing \* Eine Bürgerinitiative, die weitere Baumaßnahmen im Leopoldpark und die Vernichtung stadtnahen Grüns bekämpft, entsteht.

---

## **6. November 1980 – 2.000 Rekruten legen auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab**

München-Maxvorstadt \* Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr legen 2.000 Rekruten auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab. Generalmajor Wolfgang Kessler und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprechen dabei von der „Erhaltung des Friedens durch Abschreckung“. Die Vereidigung auf dem Königsplatz ruft Erinnerungen an die Aufmärsche während der NS-Zeit wach, weshalb parallel zur Gelöbnisfeier eine Protestveranstaltung der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stattfindet. Transparente mit der Aufschrift „Auf Hitlers Plattenmeer gelobt nunmehr die Bundeswehr“ werden

---



von den Demonstranten mitgetragen.

### **30. Oktober 1981 – Eine Bürgerinitiative organisiert den Widerstand**

Schwandorf \* In Schwandorf gründet sich die „Bürgerinitiative gegen die Errichtung einer atomaren Wiederaufarbeitungsanlage“. Damit beginnt der organisierte Widerstand gegen eine mögliche Wiederaufarbeitungsanlage in der Region.

### **7. Februar 1983 – Eine Pershing II-Rakete statt dem Friedensengel**

München-Haidhausen \* Während der Friedensengel renoviert wird und sein Platz auf der Säule leer ist, setzt die „Initiative für die totale Nachrüstung“ eine vier Meter lange Attrappe einer Pershing II-Rakete auf den leeren Sockel der Säule in 23 Metern Höhe. Sie steht dort genau zwei Stunden und fünfzehn Minuten, bevor sie behördlich entfernt wird. Die Polizei nimmt Ermittlungen wegen Hausfriedensbruchs und Störung der Allgemeinheit auf und bittet die Münchner Bevölkerung um Mithilfe. Rechtzeitig vor der geplanten Aufstellung der Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland stellt die Polizei ein für alle mal klar, was juristisch von den hierfür Verantwortlichen zu halten ist: „Sie sind Kriminelle.“

### **März 1983 – Der Widerstand vernetzt sich überregional**

Schwandorf \* An den Protesten in der Region beteiligen sich neben Bürgerinitiativen und Umweltschutzverbänden zunehmend auch überregionale Gruppen der Anti-Atomkraft-Bewegung.

### **30. Oktober 1985 – Für ein würdiges Eisner-Denkmal in der Kardinal-Faulhaber-Straße**

München-Graggenau \* In der Vollversammlung des Münchner Stadtrates legt Stadtrat Alfred Lottmann ein weiteres Motiv für seine Initiative dar: Es sei dringend an der Zeit, Verleumdungen über Kurt Eisner den Boden zu entziehen, die diesen einerseits als galizischen Ostjuden oder andererseits als verantwortlich für die Opfer der Revolution in der Zeit nach dem Februar 1919 hinstellten. Das adäquate Mittel für eine Rehabilitation Eisners sieht Lottmann in seiner Denkmalinitiative und der dadurch ausgelösten öffentlichen Debatte. Gegen die Stimmen von CSU und FDP wird dem Antrag, Kurt Eisner ein „würdiges Denkmal in der



Kardinal-Faulhaber-Straße“ errichten zu lassen, stattgegeben. Doch eine neuerliche Ablehnung des Denkmals im Bauausschuss zeichnet sich ab.

### **11. Mai 1986 – Die „Mütter gegen Atomkraft“ organisieren sich**

München \* Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl schließen sich Frauen aus München, Starnberg und dem Umland zur Initiative „Mütter gegen Atomkraft“ zusammen. Ausgangspunkt ist eine Muttertagsaktion auf dem Münchner Marienplatz, bei der Frauen symbolisch möglicherweise radioaktiv belastete Blumen niederlegen und ein großes Strahlenzeichen bilden. Die Initiative informiert über radioaktive Belastungen, veröffentlicht unabhängige Messergebnisse und gibt Empfehlungen zum Schutz von Kindern und Familien. Zugleich fordert sie den Ausstieg aus der Kernenergie und wendet sich gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Die „Mütter gegen Atomkraft“ entwickeln sich zu einem wichtigen, überparteilichen Teil des bürgerlichen Anti-Atom-Widerstands.

### **28. Juni 1986 – Die Einreiseverbote lösen einen politischen Konflikt aus**

Bayerisch-österreichische Grenze \* Die bayerischen Behörden hindern erneut mehr als 300 österreichische WAA-Gegner an der Einreise zu einer Kundgebung in Wackersdorf. Das Vorgehen löst in Österreich heftige Proteste aus. Politiker, Kommunen und Anti-Atom-Initiativen kritisieren die Zurückweisungen als Einschränkung demokratischer Rechte. Besonders die Stadt und das Land Salzburg engagieren sich zunehmend gegen die WAA. Aus dem Streit entwickelt sich ein länger anhaltender politischer Konflikt zwischen Bayern und Österreich, den die Medien später als „Alpenfehde“ bezeichnen.

### **Oktober 1987 – Debatte über Gewalt und Gewaltfreiheit**

Wackersdorf \* Brandanschläge, beschädigte Baumaschinen und umgesägte Strommasten verschärfen den Konflikt um die WAA. Die Taten werden überwiegend militanten beziehungsweise autonomen Gruppen zugerechnet. Bürgerinitiativen, kirchliche Gruppen und andere Vertreter des regionalen Widerstands distanzieren sich ausdrücklich von Gewalt und halten am friedlichen Protest fest. Innerhalb der Anti-WAA-Bewegung intensiviert sich zugleich die Debatte über Aktionsformen, Militanz und die Grenzen des zivilen Ungehorsams.



### **Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt**

München \* Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.

### **November 1987 – Günter Tremmel baut am Auer Mühlbach ein Kleinkraftwerk**

München-Untergiesing \* Günter Tremmel baut bis zum Frühjahr 1988 ein damals einzigartiges, wasserbetriebenes Kleinkraftwerk, das mit seinen zwei Turbinen jährlich circa 1,3 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt, die in das Netz der Stadtwerke eingespeist werden. Mit dieser privaten Initiative erreicht der Mechanikermeister, dass etwa 620 Münchner Haushalte mit elektrischer Energie versorgt werden können. Die 850.000 DMark teure Investition benötige rund fünfzehn Jahre, bis sie schwarze Zahlen schreibt. Doch Günter Tremmel sieht in dem Kraftwerk mehr die Verwirklichung eines privaten Traumes und eine energiepolitische Zeichensetzung, als eine wirtschaftliche Investition. An der Südseite des Kleinkraftwerkes finden sich deshalb folgende Zeilen: „Untätig war des Wassers Lauf - und niemand achtete darauf Hier war die Wasserkraft vergessen, weil von Atomkraft man besessen Was doch des Menschen stolzer Wahn in der Natur zerstören kann Das möge man bedenken; in Zukunft sollte die Vernunft uns lenken Vergeßt nicht unsere Wasserkraft und laßt sie uns erhalten - Das mahnten schon die Alten.“

### **11. Juli 1988 – Erörterung der Einwendungen beginnt**

Neunburg vorm Wald \* In der Stadthalle von Neunburg vorm Wald beginnt der öffentliche Erörterungstermin zur zweiten atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigung. Vertreter der Genehmigungsbehörde und der DWK treffen auf Einwender, Rechtsanwälte, Sachverständige, Bürgerinitiativen sowie Vertreter deutscher und österreichischer Kommunen und Behörden. Im Mittelpunkt stehen unter anderem die Strahlenbelastung, mögliche radioaktive Ableitungen, die Gefährdung des Grundwassers, die Erdbebensicherheit und der Schutz vor Flugzeugabstürzen. Das Verfahren findet unter großem Medieninteresse und strengen Sicherheitsvorkehrungen statt.



### **28. November 1988 – Bundestagsfraktion der Grünen besucht Wackersdorf**

Wackersdorf - Schwandorf \* Mitglieder der Bundestagsfraktion der Grünen besichtigen das WAA-Baugelände und informieren sich bei Bürgerinitiativen und örtlichen WAA-Gegnern über die Situation. Anschließend hält die Fraktion eine öffentliche Sitzung ab. Der Besuch unterstreicht, dass der Konflikt um Wackersdorf weiterhin ein bundespolitisches Thema ist.

---

### **3. Juni 1989 – Letzte große Anti-WAA-Kundgebung in München**

München-Graggenau \* Auf dem Odeonsplatz findet wenige Tage nach dem Baustopp die letzte große Münchner Anti-WAA-Kundgebung statt. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und langjährige Aktivisten feiern das Ende des Projekts in Wackersdorf. Zugleich warnen die Teilnehmer davor, das Problem lediglich ins Ausland zu verlagern. Der Protest richtet sich deshalb auch gegen die geplante Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente im französischen La Hague und im britischen Sellafield. Die Kundgebung verbindet Siegesfeier und Forderung nach einem grundsätzlichen Ausstieg aus der Atomenergie.

---

### **13. September 1996 – Der Kunstpark Ost wird eröffnet**

München-Berg am Laim \* Auf dem 80.000 Quadratmeter umfassenden ehemaligen Pfanni-Gelände an der Grafinger-/Ecke Friedensstraße öffnet der Kunstpark Ost seine Tore. Nach nur kurzer Zeit gilt der Kunstpark als Europas größter Partyzone. In über dreißig Clubs, Hallen und Kneipen steht der Jugend der Stadt und des Umlands ein Areal für Konzerte, aber auch zum Feiern und Partymachen zur Verfügung. Die Initiative für das Münchner Vergnügungsviertel ging von dem Hallenmogul Wolfgang Nöth aus.

---

### **2012 – Initiative zum Wiederaufbau des Ludwig II.-Denkmals**

München-Au - München-Isarvorstadt \* Es kommt wieder Bewegung in die Diskussion um das Ludwig-II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke, nachdem der Deutsche Eiche-Wirt Dietmar Holzapfel im Steinlager der Stadt die Original-Natursteine aus Untersberger Marmor für die Konche für das Ludwig II.-Denkmal auf der Corneliusbrücke entdeckt und identifiziert hat. Die Konche, das ist die halbrunde, muschelartig überwölbte Nische, in dem das Denkmal untergebracht war. Es sind rund 470 Einzelteile der Steinnische, was einem Anteil von etwa 97 Prozent des Gesamt-denkmals entspricht. Dabei entsteht aus Anlass der 150-Jahr-Feier des

---



„Hotels Deutsche Eiche“ in der Reichenbachstraße 13 die Initiative für den Wiederaufbau des Denkmals. Dietmar Holzapfel und dessen Ehemann Sepp Sattler stellen dafür eine Spende von 150.000 Euro in Aussicht.

## 16. März 2014 – Ergebnis der Kommunalwahl 2014 in München

München \* Bei der Wahl zum Oberbürgermeister treten erstmals zwölf Kandidaten gegeneinander an. Dieter Reiter [SPD] erhält 40,4 Prozent, Josef Schmid [CSU] kommt auf 36,7 Prozent. Sabine Nallinger von den GRÜNEN kommt auf 14,7 Prozent der Stimmen. Die Entscheidung unter den beiden Erstplatzierten fällt nun bei der Stichwahl am 30. März.

Bei der Wahl zum Stadtrat erhält die CSU 32,6 Prozent [+ 4,9] und 26 [+ 3] Sitze. Die SPD erringt 30,8 Prozent der Stimmen [- 8,9] und 25 [- 8] Sitze. Die GRÜNEN kommen auf 16,6 Prozent der abgegebenen Stimmen [+ 3,6] und 13 Sitze [+ 2]. Weiter sind bei Kommunalwahl in München 14 Parteien angetreten: Die FDP erhält 3,4 Prozent [- 3,4] und 3 Stadtratsmandate [- 2],   die Freien Wähler bekommen 2,7 Prozent [+ 1,1] und 2 Stadtratsmandate [+ 2],   die AfD kommt auf 2,5 Prozent [+ 2,5] und 2 Stadtratsmandate [+ 2],  die ÖDP erreicht 2,5 Prozent [+ 0,8] und 2 Stadtratsmandate [+ 1],   die Linke bekommt 2,4 Prozent [- 1,3] und 2 Stadtratsmandate [- 1],   die Rosa Liste kommt auf 1,9 Prozent [+/- 0] und ein Stadtratsmandat,   die Partei Hut erklimmt 1,3 Prozent [+ 1,3] und ein Stadtratsmandat [+ 1],   die Piraten erhalten 1,2 Prozent [+ 1,2] und ein Stadtratsmandat [+ 1],   die Bayernpartei - BP bekommt 0,9 Prozent [- 0,7] und ein Stadtratsmandat,   die rechtsradikale Bürgerinitiative Ausländerstopp - BIA kommt auf immerhin 0,7 Prozent [- 0,7] und erhält ein Stadtratsmandat,   die islamfeindliche Partei Die Freiheit kommt auf 0,6 Prozent [+ 0,6], bekommt aber keinen Platz im Münchner Stadtrat. Damit ist das seit 1990 bestehende Rot-Grüne Bündnis gescheitert. Auch bei der Wahl zum Bezirksausschuss verliert die SPD massiv.  Nur noch in 9 von 25 Gremien ist die SPD stärkste Fraktion (Bisher: 21).  Die CSU wird in 13 Stadtbezirken stärkste Kraft (Bisher: 4)  Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion in Au/Haidhausen, in der Ludwigsvorsadt-Isarvostadt und in der Maxvorstadt. 

## 1. August 2014 – Vertreter von 16 Surf-Initiativen- und Verbänden treffen sich

München-Englischer Garten \* Im Café Fräulein Grüneis im Englischen Garten treffen sich Vertreter von 16 Surf-Initiativen- und Verbänden. Sie wollen sich über ihre regionalen Projekte austauschen.



## **22. Dezember 2014 – Demonstration für Völkerverständigung - gegen Fremdenhass**

München-Gruggenau \* Auf dem Max-Joseph-Platz demonstrieren nach Polizeiangaben mindestens 12.000, nach Aussagen der Veranstalter um 20.000 Münchner für Humanität, Respekt und Vielfalt und gegen die fremdenfeindlichen und rechtsextremen Parolen der PEGIDA-Bewegung [=Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes]. Organisiert hat die Veranstaltung die Initiative Bellevue di Monaco um Till Hofmann, Alex Rühle, Matthias Weinzierl und andere. Auf der Bühne stehen Künstler wie Konstantin Wecker, die Sportfreunde Stiller, Koflgschroa, Ami Warning, The Notwist sowie die Kabarettisten Christian Springer, Max Uthoff, Claus von Wagner, Michael Mittermeier, Georg Ringgwandl und andere. Dieter Reiter kommt in seiner Funktion als Münchner Oberbürgermeister. In seiner Ansprache sagt er: „Die Teilnahme an einer Demonstration ist eine bewusste Entscheidung und damit tragen die Teilnehmer auch eine Verantwortung. Aus dieser Verantwortung dürfen wir die Teilnehmer der Pegida-Demonstrationen nicht entlassen“. Am Ende der Demonstration singen Tausende Ludwig van Beethovens „Ode an die Freude“. Die Hymne des Abends heißt „Freude schöner Götterfunke“.

## **6. Mai 2019 – Eine Gedenktafel für die ermordeten Kolpinggesellen**

München-Maxvorstadt \* Am Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5, dem Sitz des Sparkassenverbands Bayern, wird eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Ermordung von 21 Kolpinggesellen am 6. Mai 1919 enthüllt. Das Andenken an die grausamen Vorgänge vor 100 Jahren kam aufgrund einer Initiative von Frau Dr. Hella Schlumberger zustande. Zur Realisierung des Denkmals trägt das Kolpingwerk, die Versicherungskammer Bayern, der Sparkassenverband Bayern und die Landeshauptstadt München bei.

## **2. Juli 2019 – Eine Sparversion des Königsdenkmals auf der Corneliusbrücke**

München-Au - München-Isarvorstadt \* Der Stadtrat beschäftigt sich mit der Detailplanung für das neue König-Ludwig-Zwo-Denkmal auf dem Isarbalkon der Corneliusbrücke. Die neue Denkmalanlage soll 500.000 Euro kosten, wovon ein Drittel eine private Initiative um Dietmar Holzapfel zahlen wird.

## **2022 – Brezelbacken als immaterielles Kulturerbe anerkennen**



Berlin \* Als Bundeslandwirtschaftsminister ergreift Cem Özdemir die Initiative, das traditionelle Brezelbacken als immaterielles Kulturerbe anerkennen zu lassen. Dabei betont er zugleich, dass die Breze ein gemeinsames Kulturgut des süddeutschen und mitteleuropäischen Raums sei.

---